

Norbert Reichling Ein „sehr zäher Intelligenzlerverein“¹ Kultursoziologische Betrachtung zur Genese und Entwicklung der Humanistischen Union

Die Phase um 1960 kann im Nachhinein als erste zivilgesellschaftliche Gründungswelle in Westdeutschland erkannt werden: Das Entstehungsjahr von Amnesty International und Humanistischer Union brachte nicht ganz zufällig die frühesten stabilen „Nichtregierungsorganisationen“ jenseits der alten Milieu-Grenzen hervor – dies war Bestandteil einer seit dem Ende der fünfziger Jahre einsetzenden kulturellen und gesellschaftlichen Öffnungen. Auch andere Neugründungen dieser Phase, z. B. der Stiftung Mitarbeit 1962, zeigen eine langsame Ausweitung von Beteiligungsformen an; denn damals galten Bürgerinitiativen, Petitionen, Gegengutachten etc. noch als „unkonventionelle“ Einmischung. Die neuen Vereine und Gruppen signalisieren so Schritte auf dem modernisierenden Weg von der „autoritären Ermächtigungsdemokratie“ (wie der deutsch-amerikanische Politologe Karl Loewenstein die frühe Bundesrepublik genannt hatte) hin zu offeneren Formen. Dabei nahmen Medien und Öffentlichkeit eine gewichtige Rolle ein – sie wurden um 1960 als neue politische Kraft sichtbar. Elaboriertes Argumentieren und öffentliche Kontroversen, die vordem als unberechenbar-gefährlich apostrophierte „Straße“ und bürgerschaftliche Gruppen wurden allmählich als legitimes Element einer später so getauften „deliberativer Demokratie“ anerkannt (zur Herausbildung der „Diskussionslust“ s. Verheyen 2010).²

Die Humanistische Union nahm nach ihrer Gründung als „kulturliterarische Vereinigung“ im Jahr 1961 eine recht rasante Entwicklung. Zwar träumte man gelegentlich wohl von Hunderttausenden, doch auch die wesentlich bescheideneren realen Zahlen zeigten eine Entwicklung in Größenordnungen, auf die die HU heute wehmütig zurückblicken kann.

	1961	1962	1963	1964	1965	1967	1969
20	1.500	1.850	2.689	3.623	4.722	4.500	

Mit der Gründungsinitiative wurde offenbar ein Bedürfnis getroffen, das nach politischem Ausdruck verlangte. Wodurch und bei wem eigentlich?

Intellektuelle im CDU-Staat

Entgegen einem weit verbreiteten und überaus eingängigen Gründungsmythos (vgl. z. B. Müller-Heidelberg 2001: S. 13) war der Startpunkt nicht eine vermeintlich obszöne „Figaro“-Inszenierung im Augsburger Theater und der um sie entstandene Zensurskandal; dieser Vorgang spielte sich nämlich erst im Herbst 1962 ab, mithin ein gutes Jahr nach der HU-Gründung. Nicht einer, sondern viele Skandale standen vielmehr an der Wiege dieses Vereins, der an seinem Ausgangspunkt als eine intellektuellen Bürgerinitiative bezeichnet werden kann.

Der Auftakt

Wenn man eine zentrale Quelle zur Hand nimmt – den Gründungsaufwurf des Journalisten und Verlegers Gerhard Szczesny, der im Juni 1961 an etwa 200 Adressaten verspricht und wenige Wochen später im rotoro-Taschenbuch „Die Alternative“³ breit publiziert wurde – wird die aus vielen Anlässen gespeiste Stimmung der Gründer deutlich:

Der Anfang dieses Texts lautet „Sechzehn Jahre nach dem Ende der nazistischen und mitten in der Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Gewaltherrschaft müssen wir die Erfahrung machen, daß auch ein Staat, in dem die Spielregeln der Demokratie Gültigkeit haben, die Vielgestaltigkeit der Einheitlichkeit, die Toleranz der Parteilichkeit und die Wahrhaftigkeit der Bequemlichkeit opfern kann. Wir sind zu Mitläufern einer Verschwörung geworden, die unsere Entmündigung und Gleichschaltung diesmal im Namen der christlichen Heilslehre verlangt.“ – Weitere zentrale Stichworte in diesem nicht ganz unpathetischen Dokument erhellen, wogegen und wofür gestritten werden soll: „christlicher Totalitarismus“, „ecclesia militans“, „Obskurantismus“, drohende Pakistanisierung“ sowie „Ausverkauf aller Errungenschaften, die die Neuzeit vom Mittelalter trennen“ auf der einen Seite, dagegen: „offene Gesellschaft“, „Versachlichung“ und „Pluralismus“ (Szczesny 1961: S. 36 und passim).

Es geht hier also um kirchliche Machtpositionen. Ein anderes Zitat verdeutlicht die Frontlinie, die da mitten im Kalten Krieg innerhalb einer demokratischen Gesellschaft gezogen werden sollte, genauer: „Was unsere Vorstellung von den Absichten faschistischer und bolschewistischer Systeme auch dann noch unterscheidet, wenn diese die Geheime Staatspolizei und die Konzentrationslager abgeschafft haben, ist nicht der Wunsch, uns einem anderen ‚ganzheitlichen System‘ einzuordnen, sondern ist die Überzeugung, daß nur die Freiheit, zwischen sehr verschiedenen Weltdeutungen und Existenzweisen wählen zu können, ein menschenwürdiges Dasein möglich macht.“ (Szczesny 1961: S. 38) Am Rande bemerkt: „Gleichschaltung“ und andere Chiffren des Vergleichs zwischen NS-Regime und Gegenwart werden hier ganz selbstverständlich bemöhnt.

Medien- und Kultursensur standen damit an vorderster Stelle des Interesses: Da wurden philosophische und andere Sendungen im Bayerischen Rundfunk abgesetzt, da gab es organisierte Serien christlicher Empörung über „zersetzendes“ Theater, eine „Aktion Saubere Leinwand“ beargwöhnte moderne Filme, die wenig später folgende „Spiegel“-Affäre 1962 kann ebenfalls als symptomatisch betrachtet werden. Der Begriff der „Obszönität“ – oftmals gegen moderne Kunst bemüht – erfuhr selbstverständlich eine Auslegung im kirchlichen Verständnis.

Die Kirchenmacht in Vorschulerziehung und Schulen sowie in Universitäten und Medien wurde von Sczesny und seinen Weggefährten als unerträglich bewertet, die gegen die dominante „Konfessionsschule“ gerichtete Forderung einer Gemeinschaftsschule und kritische Blicke auf Konkordate und Religionsunterricht in der Staatsschule wurden ihr entgegengesetzt. Mit der Polemik Einzelner gegen kirchliche Glaubenssätze konnten sich weitere Zensurprobleme ergeben – und zwar wegen des Tatbestands der „Religionsbeschimpfung“, der bis heute im § 166 des Strafgesetzbuches ein sehr subjektives Moment religiösen „Friedens“ zu schützen intendiert.

Überkommen-unhaltbare Rechtspositionen und reaktionale Justiz, auch allgemeine staatliche Übergriffe tauchen in den allerersten Äußerungen noch nicht als selbständiges Thema auf, sondern lediglich als (von kirchlichen Einflüssen z. B.) abgeleitetes Problem. Dies ändert sich aber dann recht schnell, etwa als das Thema „staatliche Abhörmaßnahmen“ aufgegriffen wurde.

Der Zeitgeist, gegen den Sczesny und seine Freunde auftraten, und seine vielfachen sozialen, mentalen und rechtlichen „Unterfütterungen“ sind ja aus heutigem Blickwinkel so exotisch, dass an einige Facetten in Stichworten erinnert sei: In den Jahren um 1960 war die Frauen-Gleichberechtigung allein rechtlich noch völlig unabgeschlossen, es existierte ein Kuppelei-Paragraf des Strafgesetzbuchs (§ 180), der das gemeinsame Übernachten Unverheirateter kriminalisierte. Gesellschaftliche Milieus (z. B. Protestanten und Katholiken) lebten in einem hohen Maße voneinander abgeschottet. Sichtbarstes Zeugnis solcher Abgrenzungen waren (in einer absurden Reprise von Schulkämpfen der frühen 20er Jahre) Zäune auf den Schulhöfen solcher staatlichen Schulgebäude, die sich Bekennnisschulen unterschiedlicher Couleur teilten. Und wer in Politik und Kultur von „Sittengesetz“, „Staatsgefährdung“, „Volkkörper“, „gesundem Rechtsbewusstsein“ oder „Schulzucht“ schwadronierte, hatte nicht mit Gelächter, sondern mit breitem Einverständnis zu rechnen.

Das Erstarken des von CDU-geführten Regierungen unterstützten und instrumentalisierten Katholizismus und Konfessionalismus in den fünfziger Jahren ist auch vor dem Hintergrund der NS-Zeit zu verstehen: Kirchlichen Instanzen und Normen als einer vermeintlich gegenüber dem Ansturm des Nazismus intakt gebliebenen Wertordnung wurde die Autorität zugeschrieben, auch zukünftig, nämlich in der uferlose Herausforderungen und mentale „Entwurzelung“ gebärenden Moderne Halt geben zu können. Die aus kultureller Unsicherheit entstandene Normen-Hypertrophie und die „Diffamierung des Dagegensins“ (Sonnemann 1964: S. 36) drohten jedenfalls die Gesellschaft der Bundesrepublik weiter zu begleiten. Und das antibolschewistische „Abendland“, in dem konservative Politiker die Bundesrepublik verankert sehen wollten, schien die „haltlo-

sen Agnostiker“ und andere freisinnige Menschen auf der Linken marginalisieren zu können.

Ein linksliberales Sammelbecken

Das „breite linke Bündnis“ wurde in den siebziger Jahren zu einer häufig (und zu Recht) karikierten politischen Figur; die Humanistische Union kann aber in ihren Anfängen durchaus als ein solches bezeichnet werden. Namen, die zur Illustration dieses Spektrums aufgezählt werden können, zierten meistens die linksliberale Walhalla der Vorstands- und Beiratsmitglieder im HU-Briefkopf: Außer Parteipolitikern aus SPD und FDP sind zu nennen Fritz Bauer (der hessische Generalstaatsanwalt, ehemalige Emigrant und Initiator des Auschwitz-Prozesses), Alexander Mitscherlich (als Außenseiter und Dissident der Ärztezunft und Pionier der Psychoanalyse in Westdeutschland), Ernst Topitsch und Hans Albert (als kritisch-rationale Soziologen), der Politologe und Historiker des „deutschen Sonderwegs“ Kurt Sontheimer, Erwin Scheuch, der soziologische Empirie in der Bundesrepublik heimisch zu machen sich anschlückte, Hartmut von Hentig als Reformpädagoge, der kirchenkritische Publizist und spätere *Vorgänge*-Redakteur Gerd Hirschauer, der liberale Soziologe René König, Ulrich Klug (Strafrechtswissenschaftler und Rechtspolitiker in der FDP), die sozialistischen Remigranten Walter Fabian und Ossip K. Flechtheim, die freisinnigen Kaufleute Otto Bickel und Hans Robinsohn... Wofür stehen diese Namen und Etiketten?

Das politisch-soziale Spektrum kann für eine Periode, in der dieser Begriff noch keine mehrheitsfähige Phrase war, mit der Metapher des „Querdenks“ umschrieben werden – man könnte auch von einer Bürgerinitiative gegen den Anti-Intellektualismus sprechen. Platz war für Liberale und Linke, Psychoanalytiker und junge Richter, Kaufleute und „moderne“ Künstler, Schul- und Hochschul-Reformer, einzelgängerische Publizisten und organisierte Freigeistige, für damalige Schickleria-Anwälte wie Horst Mahler und Otto Schily. Auch heute völlig vergessene Völkchen wie „Positivisten“ (als Fremdetikettierung der kritisch-rationalistischen Denkschule der Soziologie) und „Linkskatholiken“ fanden hier Aufnahme und Resonanz.

Wichtig für Profil und Dunstkreis dieser Vereinigung wurden vor allem die Ende der 50er Jahre sich allmählich aus dem Absichts herauswagenden bisherigen „Underdog-Wissenschaften“. Dazu zählten Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Psychoanalyse. Politologie war für den deutschen Rechtskonservatismus als oktroiierte „Demokratiewissenschaft“ alliierter Provenienz konnotiert und damit als „Umerziehungswissenschaft“ diskreditiert; auch andere der genannten Disziplinen trugen den ‚Makel‘ der US-amerikanischen Herkunft und galten aus altdeutsch-alteuropäischer Blickwinkel von daher als „zersetzend“ oder „flach“.

Sczesny nahm in den Gründungsdokumenten ausdrücklich Bezug auf Exponenten der katholischen Seite und deren Hohn über die Szene der nichtorganisierten Agnostiker und Kirchenskeptiker, die aufgrund ihres Individualismus vernachlässigenswert seien. Er schlug vor, die Herausforderung anzunehmen und die mit einer Organisation verbundenen elitären Unlustgefühle abzuwerfen, um die geistige Freiheit zu retten. Gegen den Vorwurf, bloße „Debattierklubs“ zu bilden, setzte er die Forderung, man müsse

Antworten geben und diese auch durchsetzen „mit allen Mitteln, derer man sich in einer freien Gesellschaft bedienen kann“ (Vortrag auf der ersten Bundesmitgliederversammlung der HU am 16.11.1963).

Will man die Organisationsscheu linker und liberaler Intellektueller dieser Zeit einschätzen, sollte man sich neben dem nahe liegenden Klischee des „Individualismus“ auch einige Vorerfahrungen vergegenwärtigen: Die Remigranten aus dem Exil, in der Regel von niemandem ausdrücklich zurückgerufen, litten unter großer Isolation und agierten entsprechend vorsichtig. Das KPD-Verbot hatte nicht nur Stalinisten diskriminiert und eingeschüchtert, sondern ebenso viele unabhängige Sozialisten dem „fellow traveller“-Verdacht ausgesetzt. Eine Parteigründung links von der SPD (nämlich die der UAP) war bereits Anfang der 50er Jahre gescheitert. In der SPD und den Gewerkschaften waren nach dem Schritt zum Godesberger Programm kleine versprengte „Nester“ von Linksozialisten und wenige konspirativ tätige Trotzlisten unterwegs, und der Rauswurf des SDS und seiner Unterstützer hatte 1959 erneut die „Grenzen“ und die „Instrumente“ der Parteiführung aufgezeigt. Die FDP kam nicht als Heimat linksliberalen Engagements in Betracht, erholte sich vielmehr noch von den nationalsozialistischen Unterwanderungsversuchen der fünfziger Jahre und trug ein nationalliberal-deutschnationales Profil nach außen.

Ein gesamtgesellschaftlicher Aufbruch

Ein Blick auf die Berufsstruktur der Humanistischen Union (s. Hofmann 1967: S. 70 ff.) gibt weitere Auskunft über ausschlaggebende Faktoren des Anfangserfolgs (und ihre soziologische „Schlagseite“): fast 60 Prozent der Mitglieder des Jahres 1966 waren Akademiker, 22 Prozent waren Journalisten, Schriftsteller, Verleger oder Buchhändler – Medienintellektuelle also, die in dieser Phase über relevanten und wohl auch wachsenden Einfluss verfügten. Außerdem waren u. a. vertreten: 17 Prozent Studenten, 17 Prozent Hochschullehrer und Lehrer, 13 Prozent technisch-manrowissenschaftliche Intelligenz, 4 Prozent Juristen, 6 Prozent Künstler, 1 Prozent Handwerker und Arbeiter.

Am Beispiel der Journalisten lässt sich ermesen, dass es um eine Alterskohorte des Wandels ging: Die Medien hatten – ungeachtet all der Kontinuitäten, von denen wir heute wissen – nach 1945 einen deutlichen Generationenwechsel und eine teilweise durch die Alliierten induzierte rabiate Verjüngung erlebt. In westdeutschen Rundfunkredaktionen lag 1949/50 der Altersdurchschnitt bei 32 Jahre, die „Spiegel“-Redaktion wies 1952 einen solchen von 30 Jahren auf. Zwar war ab 1950 eine Rückkehr der „Belasteten“ zu verzeichnen, auch deren erneute Aufstiege und entsprechende Konflikte. Die Gängelung der Jüngeren z. B. durch die Forderung „objektiver Kommentare“ wich aber allmählich einem neuen Klima, in dem gegen Ende der fünfziger Jahre die „45er“ tonangebend wurden, diejenigen nämlich, die dieses Jahr als heilsamen Bruch sahen, positive Alliierten- und Westererfahrungen hatten, herungekommen waren. „Zeitkritik“ im umfassenden Sinne, das was man ein Jahrzehnt später „Hinterfragen“ nannte, wurde gestärkt durch ungeschickte Zensurversuche und gesellschaftlichen Stimmungswandel – und sie wurde nun auch als Presseprodukt verkaufbar.

Eine kritische Fraktion der „skeptischen Generation“, die insgesamt so unpolitisch doch nicht war, kann man hier am Werk sehen. Die ihr zugeschriebenen Haupteigenschaften lauteten: ideologiefarm und pragmatisch-lösungsorientiert. Solche Ideologie der Ideologielosigkeit wurde später mit guten Gründen kritisiert, doch als Anspruch dieser Alterskohorte auf einen Neubeginn sollte man sie zunächst ernst nehmen; der israelische Deutschland-Reisende Amos Elon nannte sie damals „leicht konservativer Pessimismus“ (Elon 1964: S. 62).

Damals zeichnete man noch keine Milieu-Lebensstil-Landkarten, wie die heutige Sozialforschung sie entwirft. Aber es geht hier um eine im Wesentlichen kulturell zu umreißende Kohorte oder Gruppe: Da amalgamierten sich politische mit kulturell-habituellen Fragen; Theater, Film und Musik wurden zu den wichtigsten Ausdrucksformen, und moderne Grafik oder auch radikale Kleinschreibung gerieten zum stillen Erkennungszeichen.

Die HU war somit Bestandteil und zum Teil auch Avantgarde des Vor-1968er-Aufbruchs – eines Aufbruchs, der an „Reformstau“ und am subjektiven Leiden ansetzt. Denn: „1968“ fand von 1958 bis 1966 statt, der wichtigste Teil der heute anerkannten und jenem magischen Jahr zugeschriebenen kulturellen Öffnungen geschah früher als meist vermutet. Auch der Beginn der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus muss etwa auf das Jahr 1958 datiert werden (vgl. Reichling 2001). Welche Rolle dabei die neue Organisation HU einnehmen könnte, wurde von dem linkskatholischen Publizisten Gerd Hirschauer klar ausgesprochen: Es gehe darum, „die demokratische Entwicklung eines noch nicht demokratischen Volkes erster [zu] nehmen als die Befriedigung seiner autoritären Bedürfnisse“ und Kritik an der Regierung zu einer „produktiven Beschäftigung zu machen (Hirschauer 1961: S. 21 und 24). Damit wurde eine Avantgarde-Position reklamiert, aber diese Gruppe schien auf dem Weg von der „Gefolgschaft“ zur Zivilgesellschaft eine flexible, diskursorientierte, nichtautoritäre Vorhut bilden zu wollen.

Themen und Ziele

Primäres Thema der HU waren zunächst Irrationalismen der Mächtigen: unbegründete Privilegien (der Kirchen) sowie überzogene Kontrollversuche des Staates. In der Weiterentwicklung und Ausfächerung ihrer Themen artikulierten sie einerseits stellvertretend ungelöste Probleme der BRD: vor allem die miserable Lage der „äußeren Randgruppen“ der neuen Wohlstandsordnung (z.B. von Psychatriepatienten, Heim- und Knastinsassen als Opfern sog. „besonderer Gewaltverhältnisse“, also rechtsfreier Räume) als Skandal einer entwickelten Demokratie. In der weiteren Debatte stellte sich dann heraus, dass auch andere Gruppen ähnlicher Diskriminierung ausgesetzt waren – etwa Schwule, Kinder und Frauen – und ihre Rechte insofern zum HU-Thema werden mussten. Der Kampf um ein rationales Recht setzte damit – noch ganz im Sinne des Gründers Plädoyers für pragmatische Selbstbeschränkung – an Exzessen an: an der Verrücktheit dumpfer gesellschaftlicher Strafbeschränkung – an abwegigen Kriminalitäts-, Strafvollzugs- und Heilungstheorien, die im Lichte neuerer soziologischer und psychologischer Erkenntnisse destruiert werden konnten.

Andererseits rangen die HU-Aktiven aber auch um die eigene Emanzipation und Interessenvertretung: Als die „inneren Randbezirke“ des Wirtschaftswunders könnte man diese Themengruppe überschreiben. Es ging um Autoritarismus in Gesellschaft und Erziehungsweisen, um Ehe- und Beziehungsprobleme, Fragen der Sexualität und Bildungsnotstand. Zum äußerst werbewirksamen Stichwort wurde das „Tabu“, mit dem sich eine offene Gesellschaft jederzeit auseinander zu setzen habe. Dabei waren psychologische Argumente (in allen Varianten – psychoanalytischen, aber auch pragmatischen US-amerikanischen) äußerst hilfreich. Sie dienen der Aufdeckung von Unbewusstem, der Analyse des besinnungslosen Autoritarismus und der Kritik von „Sekundärtugenden“. Dass Sexualität in allen Varianten (nicht nur als Homosexualität) zu diesen Tabus gehörte, soll ja auch zum zeitweiligen Sponsoring der HU durch die Unternehmerin Beate Uhse geführt haben.

Damit standen also nicht Kleinigkeiten auf der Tagesordnung, sondern nicht weniger als die Durchsetzung von Rationalität und Transparenz in allen Lebensbereichen. Neue Begründungszwänge für alte Verhältnisse wurden geschaffen. Empirie als Argument war noch etwas Ungewohntes, und das „bessere Argument“ fungierte als heilsames Ritual. Die große Aufgabe erklärt vielleicht auch eine gewisse Forsicht der HU-Aufklärer: Einen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Fernsehen psychoanalytisch zu sezieren, wie es Alexander Mitscherlich in einer ARD-*Report*-Sendung vorführte, mag vielleicht nicht allen berufsethischen Normen entsprechen haben... (vgl. Mitscherlich 1966).

Die berufliche Nähe vieler HU-Mitglieder, aber selbstredend auch ihr Aufklärungsoptimismus prädestinierte den Verband zu seinem bildungsreformerischen Engagement in Schulen und Hochschulen: Als Voraussetzung mutiger Bildungsexpansion wurden Bildungsexperimente, Sprachstile und Soziolinguistik debattiert; modernisierte und neue Schulfächer (etwa politische Bildung) und eine stärkere Mitbestimmung der Lernenden standen ohnehin auf der bildungspolitischen Tagesordnung. Die von 1962 bis 1969 tätige Humanistische Studenten-Union agierte äußerst geschickt als radikalreformistische Kraft mit den psychologischen und sozialpolitischen Argumenten, die die HU-„Väter“ und ihre Disziplinen bereitstellten (vgl. Kreppel 2002).

Die HU als Symptom und als Akteurin der „Verwestlichung“ lebte in ihren frühen Jahren primär vom unglaublichen gesellschaftlichen Hunger nach Argumenten – man denke an die Riesenauflagen von Zeitschriften und Buchreihen wie *rororo*. Die oben genannten publizistischen Netzwerke und Schlüsselpositionen in Verlagen und öffentlich-rechtlichen Sendern waren dabei hilfreich in einer Periode, in der das Leitmedium der Rundfunk war.

Von der inneren Unsicherheit zur postmodernen Bürgerrechtspolitik?

Hatte Szczesny in den Gründungsjahren noch vor parteiähnlichen umfassenden Programmatiken gewarnt, so ergab sich mit dem Erstarren der HU und ihres Gestaltungswillens eine deutliche Ausweitung von der „Abwehr“ zu „Mitgestaltung“ und „Einfussnahme“. Vietnamkrieg, Wirtschaftspolitik, Mietrecht und vieles mehr gerieten in

den Fokus der Arbeit. Primäre Arbeitsform des Verbands blieben aber Veranstaltungen „Stellungnahmen“ und Memoranden, Gesetzesvorschläge und Gesetzgebungskritik sowie die publizistische Verbreitung dieser Expertise in Zeitschriften, Broschüren- und Buchreihen.

„Gemeinsame Denkarbeit in kleinen Kreisen“ könnte man das mit Jürgen Seifen nennen, und es ließ ein Selbstbewusstsein erkennen, das z. T. auch auf jugendbewegte Wurzeln zurückgehen mag. Die Humanistische Union leistete sich in diesen später sechziger Jahren und seither immer wieder eine widersprüchliche Mischung, die anders nicht boten: frontale Angriffe und Entlarvungen *und* Reformismus, thematische Kampagnen als Losretzen von Dingen, die in der Luft lagen, auch in Sachen Berufsverbote intern sehr umstrittene Bündnisse. Insgesamt bewahrte der Verband aber zumeist das Image eines Honoratiorenvereins mit minimalem Aufwand – „Kann man da überhaupt eintreten oder muss man berufen werden?“

Transformationen

APO und Studentenbewegung haben auch diesen Verein „umgekrempelt“: Den liberalen Prominenten wurde die Willensbildung oftmals zu anstrengend, was häufiger zum Rückzug als zum Austritt führte. Bereits 1967 erlebte die HU eine Satzungsreform, die heute so lästigen komplizierten Strukturen jenseits der Mitgliederversammlung einbaute. Anders ausgedrückt: ab 1968 gab es eine „freundliche Übernahme“ durch die APO-Generation, bei der ausreichend „Ältere“ und Autoritäten „mitspielten“. Die Gründungs-HU als Projekt der „nüchtern-fortschrittsgläubigen“ Flakheifer-Konsorte wandelte sich zum Bündnis mehrerer Generationen und damit zu einer komplett anderen Vereinigung. Diese Koalition sehr verschiedener politischer Kräfte funktionierte in der HU erstaunlich lange und effektiv – mindestens bis hin zur Entzauberung der sozial-liberalen Träume gegen Ende der 70er Jahre. Der Gründer sprach zwar retrospektiv von einem seit 1969 dominanten totalitarismusverdächtigen wirren Utopismus in der HU (Szczesny 2001), verließ aber tatsächlich den Verband erst in den neunziger Jahren.

Vom Kulturpathos ihrer Gründungszeit hat sich die HU rechtzeitig getrennt und den Verband seit Anfang der siebziger Jahre in zukunftsfähige, nüchternere Politikformen überführt: Eine gewisse Kampagnenfähigkeit erwies sich nun vor allem für das Politikfeld „Rechtspolitik“ – die groben neuen Themen des Datenschutzes und der informationellen Herrschaft, die Frauenpolitik, die in Form eines juristischen Feminismus betrieben wurde, der über alle Bewegungskonjunktoren hinweg seine Berechtigung erwies (sei es in den Diskussionen um den Strafrechts-Paragrafen 218, um ein Antidiskriminierungsgesetz oder in der Verfassungsdebatte 1990).

Die Kirchenkritik hat sich als Topos der Bürgerrechtsarbeit bis heute erhalten, wenngleich an Bedeutung verloren: Mit einem deutlichen Süd-Nord-Gefälle interessieren sich die HU-Mitglieder für die Fragen von Kirchensteuer, Schul-Kruzifixen und staatlicher Alimentierung kirchlicher Aktivitäten, und die Themen der Religionskritik, humanistischer Lebenshilfe und „Weltanschauung“ werden nunmehr eindeutig im aus Ost- und West-Freidenkern entstandenen Humanistischen Verband bearbeitet.

In ihrem zweiten Jahrzehnt erfuh die Humanistische Union wohl die größte Resonanz und Wirksamkeit: In ihrer „Einwirkung“ auf die sozialliberale Koalition – z. B. in Sachen Strafrecht und Strafvollzug – sind klare gesetzgeberische Konsequenzen der von ihr vorgetragenen Argumente erkennbar, obschon viele dieser Erfolge hinter den rasch folgenden Enttäuschungen verblassten: Berufsverbote, „Terroristenprozesse“ und die folgenden innerstaatlichen Feinderklärungen gegen unabhängige Geister wie Peter Brückner und Heinrich Böll verdeutlichten erneut die Differenz zwischen Regierungs- und Intellektuellen-Logik.

Viele Widersprüche und Kontroversen können hier nicht einmal angetippt werden – etwa die Ambivalenz der HU zwischen Friedensbewegung und Westbindung. (Plötzlich gab es in den neunziger Jahren einen Vorsitzenden mit einem lila Kirchentags-Halstuch, und der Gründer trat aus, als die HU das „Soldaten sind Mörder“-Zitat verteidigte, was seiner Weltkriegserfahrung entgegenstand.) Die nationale Begrenzung der Bürgerrechtsarbeit ist pragmatisch bis heute gut begründbar. Eine „Ostblindheit“ aber, wie sie Hannes Schwenger der HU einmal bescheinigte, blieb bis in die jüngere Vergangenheit, z. B. gegenüber der „allzu katholischen“ Solidarnosc-Bewegung in Polen, in einem gewissen Fremdeln gegenüber der „Pfarrer-Revolution“ von 1989 oder in fragwürdigen Rekrutierungs- und Verteidigungsversuchen gegenüber den DDR-Juristen spürbar. Dass eine Organisation, die Antidiskriminierungs-Recht und -Politik erfunden haben will, sich selbst immer zu ‚fein‘ blieb für eine Quotierung, muss ebenfalls undiskutiert bleiben.

Die Humanistische Union hat heute das eindeutige Profil einer rechtspolitischen Organisation – mit dem Bonus einer hohen Kompetenzvermutung in den meisten ihrer Arbeitsfelder und mit dem Schönheitsfehler einer sehr weit gehenden Spezialisierung ihrer Aktiven. Diese hohe Spezialisierung steht in einer unauf löslichen Spannung zur Mitsprache von 1.600 Mitgliedern und auch zur historisch gewachsenen Vielfalt ihrer Beitritts- und Mitgliedschaftsmotive, was im Rahmen von Delegiertenkonferenzen und Vorstandstagen zu einem gelegentlich skurrilen Nebeneinander ausgefeilterer Argumente und schlichter linkspopulistischer Gesinnungs-Bekundungen führen kann. Auch der in den letzten Jahren zu verzeichnende Mitgliederzuwachs, der den Altersaufbau des Verbands in erfreulicher Weise normalisiert hat, wird daran wohl wenig ändern, weil die jungen „Online-Mitglieder“ vermutlich die „altfränkischen“, gegenüber allen Vereinfachungsversuchen resistenten Satzungs-Strukturen der HU schlicht ignorieren werden.

Wird die HU noch gebraucht?

Alle Mitgliederorganisationen stecken seit vielen Jahren in einer Krise, weil Individualisierung und Flexibilisierung die Motive für kontinuierliches Engagement aufzuzehren scheinen. Zudem leidet die HU seit Mitte der siebziger Jahre bis in die Gegenwart hinein am „Auswandern“ von Themen in Spezialorganisationen und Selbsthilfegruppen, die auf ihren Arbeitsgebieten klare Kompetenzvorsprünge entwickelt haben. Als Beispiele können Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (1970), IAF – Verband bi-

nationaler Familien (1972), Deutsche Vereinigung für Datenschutz (1977), Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein (1979), pro asyl (1986), Mehr Demokratie (1988) aber ebenso die stets mit Bürgerrechtsfragen befasste Neue Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Anti-AKW-Bewegung genannt werden. Auch eine Quasi-Spaltung im Gefolge des Russell-Tribunals 1978 und die Entstehung des Grundrechts-Komitees im Jahr 1980 seien nicht unterschlagen.

Ganz unpathetisch-empirisch gesehen, wird die Humanistische Union in einigen ihrer Interessengebiete auch förderhin benötigt, weil es sonst schlicht keine qualifizierte Opposition gäbe: Das gilt u. a. für die Felder der Polizeirechts, der Geheimdienstkritik, des Demonstrationsrechts, in denen zwar FDP und Grüne sich zeitweise parlamentarisch profilierten, aber auch in diesen Parteien rückten Bürgerrechtsfragen inzwischen an den Rand der Aufmerksamkeit.

Drei oder vier geschichtliche Situationen hat es seit ihrer Etablierung gegeben, in denen Argumente und Expertise der Humanistischen Union bundesweit stark nachgefragt waren: Dazu zählen die Debatte um die Notstandsgesetze, vielleicht auch die Berufsverbote-Kontroversen, sicher aber die „Sympathisanten“-Hetze der siebziger Jahre sowie der Volkszählungsboykott der achtziger Jahre. Diese Erfahrung legte den Grund für eine Funktionsbestimmung der Bürgerrechtsarbeit, die ihr die Aufgabe zuweist, zwischendurch auch leise und bescheiden intellektuelle Vorratsarbeit zu leisten.

Aber möglicherweise lassen sich in der Vergangenheit der HU einige weitere Charakteristika erkennen, die zukünftige Stärke bedeuten können? So können beispielsweise die realiter sehr unkomplizierten Arbeitsweisen in Adhoc-Gruppen eine spezifische Attraktion für Aktivierungswillige darstellen. Dass dieser Verein oftmals eine Spur pragmatischer und „reformistischer“ als andere linke Formationen auftrat (einschließlich der Gründung von Beratungsstellen), ist im nach 1989 eingetretenen neuesten post-ideologischen Zeitalter ein weiteres Argument für die Fortsetzung.

Und das unbezweifelbare Verdienst, seit den achtziger Jahren viele Kontroversen, eigene Ambivalenzen und tatsächliche Grundrechts-Kollisionen auch im Inneren durchgehalten und offen gelegt zu haben (etwa beim PorNo-Thema, in der Sterbehilfediskussion oder in der Frage, ob der Verfassungsschutz zu reformieren oder aufzulösen sei) ist angesichts der allmählichen Auflösung weltanschaulicher Lager und politischer Gewissheiten geradezu ein neues Qualitätsmerkmal. Das argumentative Moment garantiert keine Schlagzeilen und schnellen Erfolge, aber es taugt vielleicht dennoch als Markenzeichen, wenn man weniger grobschlächtig und pathetisch als andere formuliert? Was Jürgen Seifert für die Verfassungsordnung der Bundesrepublik postulierte: ein „Forum“ der Auseinandersetzung statt einer hierarchischen „Wertekirche“ zu bilden (Seifert 1979: S. 335 ff.), könnte auch eine Funktionsbestimmung für eine lebendige, tabuarne und kooperationsfähige Bürgerrechtsvereinigung sein. Damit an den offensiven und bekennenden Pluralismus der Gründer, der Vielfalt von Relativismus zu unterscheiden wusste, anzuknüpfen, hieße, an der richtigen Stelle leidenschaftlich zu bleiben.

vorgänge 194

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

50. Jahrgang,
Juni 2011, Heft 2

Fünfzig Jahre HU

Editorial	1
<i>Rosemarie Will</i> Die Zukunft erinnern	
Zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Humanistischen Union am 28. August 1961	4
<i>Norbert Reichling</i> Ein „sehr zäher Intelligenzlerverein“	16
<i>Fritz Sack</i> Die HU und der Punitive Turn Autobiografische Anmerkungen zu einem kriminalpolitischen Wandel	27
<i>Armin Pfahl-Traughber</i> Humanismus statt Religion als Leitkultur Zu den moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften	45
<i>Dieter Rulff</i> Biopolitik und Bürgerstatus Über die Neigung des Staates, seine Bürger Mores zu lehren	60
<i>Carsten Frerk</i> Die verfassungswidrige Alimenterung der Kirchen durch den Staat	69
<i>Barbara Laubenthal</i> Keine Papiere für alle? Formen und Grenzen der Politisierung illegaler Migranten in Deutschland	77
<i>Sabrina Zajack</i> Weniger Demokratie trotz mehr Partizipation Zum Bedeutungswandel politischer Beteiligung in Mehrebenensystemen	85
<i>Jochen Roose</i> Europäisierung ohne Partizipation Der Einigungsprozess und die Beteiligungslücken	95
<i>Markus Holzinger</i> Der Tod Osama bin Ladens und die Informalisierung des Rechts	104
<i>Jochim Perels</i> Amnesty International – fünfzig Jahre Kampf für die Menschenrechte	115
Essay	
<i>Tobias Auberger, Wolfram Lamping</i> Kissenschlacht im Glashaus Mit seinem Lissabon-Urteil hat das BVerfG weder die Stellung des Parlaments noch die eigene gestärkt	119
Rezenion	
<i>Herbert Maedelartz</i> Cliquen und Klüngel in Saarbrücken Wilfried Voigt ist ein politisches Sittengemälde gelungen	128
Autoninnen und Autoren	130

- 1 So das Erzbischöfliche Ordinariat München 1967 – zit. nach HU-Mitteilungen Nr. 32 (Sept. 1967), S. 18.
- 2 Eine zweite Welle um 1970 brachte etwa die Gesellschaft für bedrohte Völker und Terre des Hommes hervor, eine dritte kann mit der Entstehung von Pro Asyl und Terre des Femmes für die 80er Jahre konstatiert werden (vgl. Roos 1993: S. 77 f.; Wildenthal 2000: S. 1052 f.).
- 3 Dieses Bändchen – 1961 hg. von Martin Walser – kann ebenfalls als ein Versuch gelesen werden, ungeachtet individualistischer Selbstverständnisse das Unbehagen der „Intelligenz“ im als konservativ-klerikal empfundenen Meinungsklima zu bündeln und die Notwendigkeit eines Regierungswechsels aus dieser Perspektive zu unterfüttern. Zu den 20 Autoren gehörten u. a. Axel Eggebrecht, Hans M. Enzensberger, Peter Rühmkorf, Inge Aicher-Scholl, Günter Grass, Gerthard Schoenberger und Erich Kuby.

Literatur

- Elon, Amos* 1988 [1964]: In einem heimgesuchten Land. Berichte aus beiden Deutschland, Nördlingen
Hirschauer, Gerd 1961: Brauchen wir eine neue Regierung? in: Walser, Martin (Hg.): Die Alternative,
Reinbek, S. 14-24
- Hofmann, Jürgen* 1967: Die Humanistische Union. Ein Beitrag zur Soziologie der Intellektuellen,
München
- Kreppel, Klaus* 2002: Linkliberalismus. Das Beispiel der Humanistischen Studenten-Union. In: Faber,
Richard/ Stöling, Erhard (Hg.): Die Phantastie an die Macht? 1968 – Versuch einer Bilanz. Berlin,
S. 82-106
- Mitscherlich, Alexander* 1966: Das Porträt des Rainer Barzel, München
- Müller-Heidelberg, Till* 2001: Die Humanistische Union als älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation,
in: Vorgänge, 40. Jg. H.3 (155), S. 13-24
- Reichling, Norbert* 2001: Liberale politische Kultur und beginnende Aufklärung über den Nationalsozi-
alismus in der Bundesrepublik der 60er Jahre. Beiträge der Humanistischen Union, in: Vorgänge,
40. Jg. H.3 (155), S. 35-48
- Roos, Alfred* 1993: Nicht-parlamentarische Politik und Opposition, in: Vorgänge, 32. Jg. H.3 (123), S.
175-89
- Schjert, Jürgen* 1979: Haus oder Forum. Wertesystem oder offene Verfassung, in: Habermas, Jürgen
(hg.): Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, 1. Bd. Frankfurt/M., S.321-339
- Sonnemann, Ulrich* 1984 [1964]: Die Einübung des Ungehorsams in Deutschland, Frankfurt/M.
- Szczesny, Gerhard* 1961: Humanistische Union, in: Walser, Martin (Hg.): Die Alternative, Reinbek, S.
36-43
- Szczesny, Gerhard* 2001: „Den Utopismus und Radikalismus habe ich mir selbst ins Haus geholt“, in:
Vorgänge, 40. Jg. H.3 (155), S. 33 f.
- Verheyen, Nina* 2010: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in West-
deutschland, Göttingen
- Wildenthal, Lora* 2000: Human Rights Advocacy and National Identity in West Germany, in: Human
Rights Quarterly, Vol. 22 N. 4, S. 1051-1059